



Eine starke Wirtschaft braucht eine starke Realschule! Gemeinsame Resolution der Realschul-Landesverbände aus Bayern (brlv), Baden-Württemberg (RLV) und Hessen (VDL) verabschiedet

Im Rahmen einer gemeinsamen Konferenz in Ulm haben die Realschul-Landesverbände Bayern (brlv), Baden-Württemberg (RLV) und Hessen (VDL) eine Resolution mit konkreten Bildungsforderungen beschlossen. Die Landesverbände plädieren für den Erhalt der Bildungsqualität im differenzierten Schulwesen und für eine Stärkung der für Industrie und Handwerk unverzichtbaren Realschulbildung in allen drei Bundesländern.

Der Bayerische Realschullehrerverband (brlv), der Realschullehrerverband Baden-Württemberg (RLV) und der Verband der Lehrer Hessen (VDL) fordern:

- die unbedingte Beibehaltung/Wiedereinführung eines leistungsorientierten, differenzierten und begabungsgerechten Bildungswesens.
- die Beibehaltung von profilierten eigenständigen Schularten, die zu differenzierten Schulabschlüssen (Hauptschulabschluss, Realschulabschluss, Abitur) führen und den Weg in eine qualitativ anspruchsvolle Berufsausbildung bis hin zur Hochschulbildung eröffnen.
- dass der Übertritt von der Grundschule an die weiterführenden Schularten auf Basis einer verbindlichen Grundschulempfehlung erfolgt, die das einzelne Kind umfassend betrachtet und der gleichzeitig mit Leistungskriterien unterlegt ist. Die Landesverbände erkennen darin die beste Voraussetzung, Kinder an der weiterführenden Schule entsprechend ihrer Begabungen und Leistungsmöglichkeiten optimal zu fordern und zu fördern.
- die massive Stärkung des Lehrberufs durch Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen: Reduzierung der Arbeitsbelastung zur Fokussierung auf das Kerngeschäft der Erziehung und Wissensvermittlung, Abbau von Verwaltung und Bürokratie und eine bessere Besoldung sowie Ausbau der Unterstützung durch Externe für nicht pädagogische Tätigkeiten und die Beibehaltung/Wiedereinführung schulartspezifischer Studiengänge sowie die Schaffung /den Ausbau von Beförderungsmöglichkeiten im Haupt- und Realschulbereich.
- langfristige und gut durchdachte Planung des Bedarfs von Lehrkräften an allen Schularten und sinnvolle, junge Menschen ansprechende Nachwuchsgewinnungskampagnen.



- die politische Bildung an Schulen zu stärken, um unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung weiter zu festigen und die Vorzüge unserer Demokratie sichtbar zu machen.
- den Erhalt und Ausbau von mobilen und integrierten Lehrerreserven, um kurzfristig auf Ausfälle reagieren zu können.
- bessere Möglichkeiten und mehr Unterstützung bei der Gewinnung qualifizierter und versierter Lehrkräfte über den Quereinstieg.
- eine deutliche Steigerung der Attraktivität von Schulleitungsstellen.
- die Unterstellung jeglichen an der Schule tätigen Personals der Weisungshoheit der Schulleitung.
- ein Bekenntnis zur Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung, die sich in Zuweisung von Personal- und Sachmitteln widerspiegeln muss. Die Berufsorientierung muss dabei wie bisher im Fokus der Schularten der mittleren Bildung stehen und im Profil klar verankert sein. Die Förderung handwerklicher Tätigkeiten (Werken, Basteln, Handarbeiten) sollte auch bereits in der Grundschule stärker verankert werden. Die duale Ausbildung ist für alle drei Landesverbände ein wichtiger Standortfaktor. Der hohe Fachkräftebedarf in Handwerk, Industrie und Verwaltung wird vor allem aus den Schularten der Realschulbildung gespeist. Umso wichtiger ist daher die Stärkung der mittleren Bildung.
- dass Inklusion und Integration die Kollegien vor Ort nicht überfordern. Daher gilt es die Förderschulen zu erhalten/zu stärken/auszubauen und es in die Hand der Eltern zu geben, den bestmöglichen Förderort zu wählen. Schulen mit einem hohen Anteil von Kindern aus sozial schwachen Familien und/oder Kindern mit Migrationshintergrund sind auf Basis der sozialen Gegebenheiten mit zusätzlichen Lehrkräften sowie mit der Expertise der Schulpsychologie und der Schulsozialarbeit zu verstärken. Wir fordern daher auch, dass Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter vor ihrem Einsatz eine grundlegende Qualifizierung erhalten.



- die Voraussetzungen für digitalen Unterricht zu gewährleisten. Die Beantragung von Mitteln muss ohne viel Bürokratie umsetzbar sein und die Ersatzbeschaffung von Endgeräten muss bereits von Beginn an eingeplant und unbürokratisch sein. Die Schüler sollten frühzeitig, möglichst ab der 5. Klasse, mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden. Der Einsatz von Lernsoftware und Kollaborationsplattformen macht es erforderlich, dass es zielgenaue Fortbildungen vor Ort gibt, um erfolgreiche Lernumgebungen zu schaffen. Dialogsysteme, die mit künstlicher Intelligenz auf Basis von Fragestellungen Aufsätze und Texte generieren können, sollen an Schulen verantwortungsvoll genutzt werden können. Schülerinnen und Schüler brauchen Kompetenzen im Umgang mit KI-basierten Plattformen und Softwarelösungen. Generell muss dabei ein Datenschutz mit Augenmaß gewährleistet sein.
- dass die Administration und Betreuung der IT auf Ebene des Landkreises, der Stadt oder der Kommune von professionellen Unternehmen umgesetzt wird. Technik folgt der Pädagogik. Lehrkräfte sollen sich um Unterricht und Erziehung kümmern und nicht nebenbei noch die IT der Schule pflegen und administrieren.
- die ökonomische Bildung auf Ebene der Schulen deutlich zu stärken. Wirtschaftskenntnisse sind unerlässlich bei vielen Entscheidungen im alltäglichen und beruflichen Leben.
- ein konsequentes Eintreten des Dienstherrn bei Gewalt gegen Lehrkräfte und grundsätzlich mehr Fokus auf die Lehrkräftegesundheit.

Dazu brlv-Landesvorsitzender Ulrich Babl: „Im bayerischen Landtagswahlkampf war das Thema der Bildung bedauerlicherweise nur ein Nebenschauplatz. Umso wichtiger ist es daher, dass wir uns als Bayerischer Realschullehrerverband gemeinsam mit unseren Freunden aus Baden-Württemberg und Hessen entschlossen für die Schulart Realschule, den Erhalt der Bildungsqualität und für attraktive Arbeitsbedingungen einsetzen. Knapp die Hälfte in der Industrie und rund ein Drittel der jungen Menschen in der dualen Berufsausbildung im Handwerk kommen über die Schulart Realschule. Die Realschule ist ein unverzichtbarer Teil des Wirtschaftsstandorts Bayern. Eine Schwächung dieser Schulart – sei es durch die Infragestellung des differenzierten Bildungswesens oder durch Pläne zur Vereinheitlichung und Entfachlichung der Lehrerbildung – lehnen wir in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen geschlossen und entschlossen ab! Angesichts des schrecklichen Kriegs in Israel und dem wachsenden Antisemitismus in Deutschland, dürfen wir zudem nicht wegsehen, sondern müssen hier ganz klar Haltung zeigen! Wir fordern deshalb die Stärkung und den Ausbau von Maßnahmen zur Demokratiebildung an allen Schularten.“